

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/2215 –**

Privatisierungen sowie Einmaleinnahmen und -ausgaben des Bundeshaushaltsplans 2007

1. Welche Einnahmen wurden beim Verkauf von Bundesvermögen bisher erzielt, und aus welchen Veräußerungen stammen die Einnahmen?

Die Frage wird als auf die laufende Legislaturperiode abstellend verstanden.

- Einnahmen aus der Privatisierung von Unternehmensbeteiligungen wurden in Höhe von rund 945 Mio. Euro bis zum 17. Juli 2006 (Kapitel 60 02, Titel 133 01) erzielt. Die Erlöse stammen aus der Privatisierung der Deutschen Post AG, der Deutschen Telekom AG, der Fraport AG, der Tank & Rast und der Baugenossenschaft A. Huemling.
- Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bundesanstalt), die die ihr übertragenen für Zwecke des Bundes entbehrlichen Liegenschaften im eigenen Namen und auf eigene Rechnung verwertet, hat bis zum 30. Juni 2006 aus dem Verkauf von Immobilien aus ihrem Vermögen (ohne Berücksichtigung der bei der Bundesanstalt entstandenen Aufwendungen) Einnahmen in Höhe von rund 345 Mio. Euro erzielt, die in die Ermittlung des jährlichen Gesamtabführungsbetrages der Bundesanstalt an den Bundeshaushalt einfließen.

2. Welche Einnahmen werden beim Verkauf von Bundesvermögen 2007 mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2007 angestrebt, und woraus sollen die Einnahmen erzielt werden?

Im Regierungsentwurf 2007 sind im Kapitel 60 02 Titel 133 01 Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen des Bundes in Höhe von 9,2 Mrd. Euro eingestellt. Dabei handelt es sich unter anderem um Erlöse aus der Veräußerung von Anteilen der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Post AG.

Aus dem Verkauf von Vermögen der Bundesanstalt werden in 2007 – ohne Berücksichtigung der bei der Bundesanstalt entstandenen Aufwendungen – Einnahmen in Höhe von rund 573 Mio. Euro angestrebt; die erzielten Einnahmen fließen in die Ermittlung des jährlichen Gesamtabführungsbetrages der Bundesanstalt an den Bundshaushalt ein.

3. Welche Einmaleinnahmen und Einmalausgaben liegen dem Entwurf des Haushaltsplans 2007 außerdem zugrunde?

Der Ansatz in Kapitel 60 02 Titel 133 01 umfasst neben den reinen Privatisierungserlösen auch erwartete Einnahmen aus Einmalmaßnahmen im Rahmen der Neuordnung des ERP-Sondervermögens.

Als weitere Einmalmaßnahme wurden durch die Verwertung der restlichen Forderungen des Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. (BPS-PT) gegenüber den Postnachfolgeunternehmen im 1. Halbjahr 2006 insgesamt rund 7,5 Mrd. Euro vereinnahmt. Diese Einnahme wird den Haushalt 2007 um rund 5 Mrd. Euro entlasten, da der Bundeszuschuss zum BPS-PT in Kapitel 60 02 Titel 685 01 insoweit abgesenkt werden kann.

4. Wie ist jeweils das Verhältnis von Einmaleinnahmen gegenüber den entfallenden künftigen Einnahmen?

Der BPS-PT hat den überwiegenden Teil seiner Forderungen gegenüber den Post-Aktiengesellschaften in Form von handelbaren Wertpapieren verbrieft und am Kapitalmarkt an Investoren veräußert. Auf Grund ihrer unverändert fortbestehenden Verpflichtung zur Finanzierung der Versorgungsleistungen gegenüber den Versorgungsempfängern aus dem früheren Bereich der Deutschen Bundespost nach § 16 Postpersonalrechtsgesetz (PostPersRG) (voraussichtlich in 2007 rund 1,5 Mrd. Euro und von 2008 bis 2010 rund 1,4 Mrd. Euro jährlich) bedienen die Post-Aktiengesellschaften diese Forderungen nunmehr gegenüber den Investoren als Forderungsinhaber. Da diese Zahlungen somit nicht mehr zur Finanzierung der Versorgungsleistungen des BPS-PT zur Verfügung stehen, wird sich der Zuschuss des Bundes aus Kapitel 60 02 Titel 685 01 in etwa um diese Beträge erhöhen.

Im Übrigen entfallen im Rahmen von Vermögensveräußerungen des Bundes generell künftige Vermögenserträge, deren Höhe – wie etwa bei Dividenden – gegenwärtig jedoch nicht prognostiziert werden kann.